

Stadtsportbund Bonn e.V. · Am Frankenbad 2 · 53111 Bonn

Ihr Ansprechpartner:

Michael Nickels
(v.i.S.d.PresseG NRW)
Huppenbergstr. 72
53343 Wachtberg

Telefon: +49 (0)228 – 32 98 909
kontakt@ssb-bonn.de
www.ssb-bonn.de

Bonn, 1. Juli 2016

Pressemitteilung vom 1. Juli 2016

Der neue Intendantenvertrag spaltet die Stadtgesellschaft

Der Vorstand berät am Montag über das weitere Vorgehen

Der Stadtsportbund Bonn (SSB) hält die gestrige Entscheidung des Stadtrates, den Vertrag des Generalintendanten des Bonner Theaters ohne vorherige Beratung über den gleichzeitig eingebrachten Haushaltsentwurf bis ins Jahr 2023 vorzeitig zu verlängern und dabei eine Zahlungsverpflichtung von 152 Millionen Euro einzugehen, für unverantwortlich.

„Mit der heute dann sofort vollzogenen Vertragsunterschrift haben Verwaltung und Rat die Stadtgesellschaft gespalten: Auf der einen Seite Oper und Theater, die dank üppig fließender Zuschüsse bis ins Jahr 2023 weiterhin in Saus und Braus leben können, auf der anderen Seite alle übrigen Gesellschaftsgruppen, die sich mit dem kümmerlichen Rest der zur Verfügung stehenden Zuschüsse zufrieden geben müssen. Wenn die Stadt nicht einmal in der Lage ist, 100.000 Euro für die Restaurierung des Beethovenkopfes vor der Beethovenhalle auszugeben, darf und will man sich gar nicht erst vorstellen, wie in wenigen Jahren Schulen und Sporthallen in Bonn aussehen werden, wenn kein Geld zur Sanierung vorhanden ist. Man sieht es jetzt ja bereits an den Hallenbädern, die die Stadt seit Jahren hat vergammeln lassen und jetzt wegen Baufälligkeit schließen muss“, sagt SSB-Finanzchef Achim Dehnen. „Der Generalintendant wollte eine Sonderbehandlung innerhalb der Stadtgesellschaft, Rat und Verwaltung haben sie ihm bedauerlicherweise gewährt. Jeder Bonner Bürger muss für sich selbst entscheiden, was er davon hält.“

Der SSB-Vorstand kann nicht verstehen, dass die Mehrheit der Ratsmitglieder einen derartigen Beschluss ohne eingehende Prüfung des Haushaltsentwurfes gefasst hat, obwohl selbst der Regierungspräsident gewarnt und als direkte Folge empfohlen hat, alle künftigen Zahlungsverpflichtungen der Stadt unter einen Finanzierungsvorbehalt zu stellen.

Gleichzeitig hat der RP die Stadt aufgefordert, alle sechs Monate einen Bericht zum Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. „Man kann daraus durchaus den Schluss ziehen, dass auch der Regierungspräsident ernsthafte Sorgen hat, dass es die Stadt nicht schafft, ein Abrutschen in den Nothaushalt zu vermeiden“, sagt SSB-Vorsitzender Michael Scharf. „Immerhin plant die Stadt im Doppelhaushalt für 2017/18 mit 98 Millionen Euro neue Schulden. Und die Haushaltsabschlüsse der letzten Jahre lassen wenig Hoffnung, dass die Stadt damit auskommt.“

Der SSB wird sich am Montagabend in seiner Vorstandssitzung mit dem Votum des Stadtrates und seinen Folgen beschäftigen.